

EP-Wahl am 25. Mai

[www.erstdermensch.at](http://www.erstdermensch.at)



**Evelyn Regner**

Mitglied Europäisches Parlament

**Thomas Kattinig**

Mitglied Europäischer  
Wirtschafts- und Sozialausschuss



Erst der Mensch,  
**DANN DER PROFIT.**

Weil es NICHT egal ist

WEM MAN SEINE STIMME ANVERTRAUT.



**IHRE STIMME FÜR  
DIE SPÖ.** 

**AM 25. MAI FÜR EINEN KURSWECHSEL STIMMEN!**



Jede Stimme entscheidet darüber, ob der neoliberale Irrweg in der EU abgewählt und Europa sozialer und gerechter wird.

Nachdem nun das eigene Haus bestellt ist und unsere Gewerkschaftswahlen erfolgreich geschlagen sind, gilt es nun noch einmal zu mobilisieren. Bei der Europawahl am 25. Mai haben wir alle die Möglichkeit, die Europäische Union zu verändern – und wir sind uns einig, dass unser

Europa dringend Veränderung und einen politischen Kurswechsel nötig hat.

Einige KollegInnen fragen sich, was es bringt, sich an der Wahl des Europäischen Parlaments zu beteiligen. Auf den folgenden Seiten geben wir darauf und zu vielen anderen Fragen die Antwort. Es ist nämlich nicht egal wer im Europäischen Parlament sitzt und unsere Interessen vertritt. Mit den GewerkschafterInnen in der SPÖ wird jedenfalls garantiert, dass es in Europa wieder um die Menschen, um Beschäftigung und hohe soziale Standards gehen wird. Denn die populistischen Blender, die mit der Angst und der Verunsicherung vieler Menschen ihr politisches Geschäft machen, werden keinen Kurswechsel in Europa bringen.

Dieser Kurswechsel geht allerdings nur, wenn wir uns alle für unsere Interessen stark machen. Dem Europäischen Parlament – dem einzig direkt gewählten Organ der Europäischen Union – das durch die letzte Vertragsänderung aufgewertet wurde, kommt dabei eine wichtige Rolle zu! Darüber hinaus ist das Ergebnis der EP-Wahl auch für die Wahl des zukünftigen Präsidenten der EU-Kommission und damit für die Frage, wer die europäische Regierung führt, von Bedeutung.

Es lohnt sich daher, für einen grundlegenden Politikwechsel im EU-Parlament zu kämpfen. Wir brauchen eine klare Absage ans Kaputtsparen, an ein unsoziales, undemokratisches Europa. Wir brauchen eine Garantie für Mindeststandards bei sozialen Grundrechten, allen voran Löhne, Arbeitnehmerrechte, soziale Sicherungssysteme und Mitbestimmung. Dafür setzen sich Evelyn Regner und Thomas Kattnig als unsere Kandidaten unermüdlich ein.

Ihr

**Christian Meidlinger**  
Vorsitzender der GdG-KMSfB



# WARUM WIR IN EUROPA EINEN KURSWECHSEL BRAUCHEN

## Die Europäische Union in der Krise



Derzeit läuft vieles schief in Europa: Krise, Sparprogramme, weniger Investitionen der Staaten, Eingriffe in Löhne, Pensionen, Gewerkschaftsrechte, mehr Arbeitslose – eine Spirale ist in Gang gekommen, die dringend gestoppt werden muss.

Sechs Jahre nach Ausbruch der größten Finanz-, Wirtschafts- und Sozialkrise seit dem Bestehen der europäischen Integration ist immer noch keine Lösung in Sicht. Die Arbeitslosigkeit ist nicht zuletzt aufgrund einer falschen Krisenpolitik drastisch gestiegen. Aktuell sind über **26 Millionen Menschen in der EU ohne Arbeit** – um 10 Millionen mehr als vor Ausbruch der Krise.

### Zur besseren Veranschaulichung:

mehr als die Gesamtbevölkerung Österreichs ist seit Ausbruch der Krise arbeitslos geworden.

### Besonders dramatisch ist die Situation bei den Jugendlichen:

im Januar 2014 waren in der EU 5,5 Millionen Personen im Alter unter 25 Jahren arbeitslos.

Vor allem in den „Krisenländern“ des Südens hat die **Jugendarbeitslosigkeit mit Quoten von 30 % bis über 50 %** enorme Ausmaße angenommen.

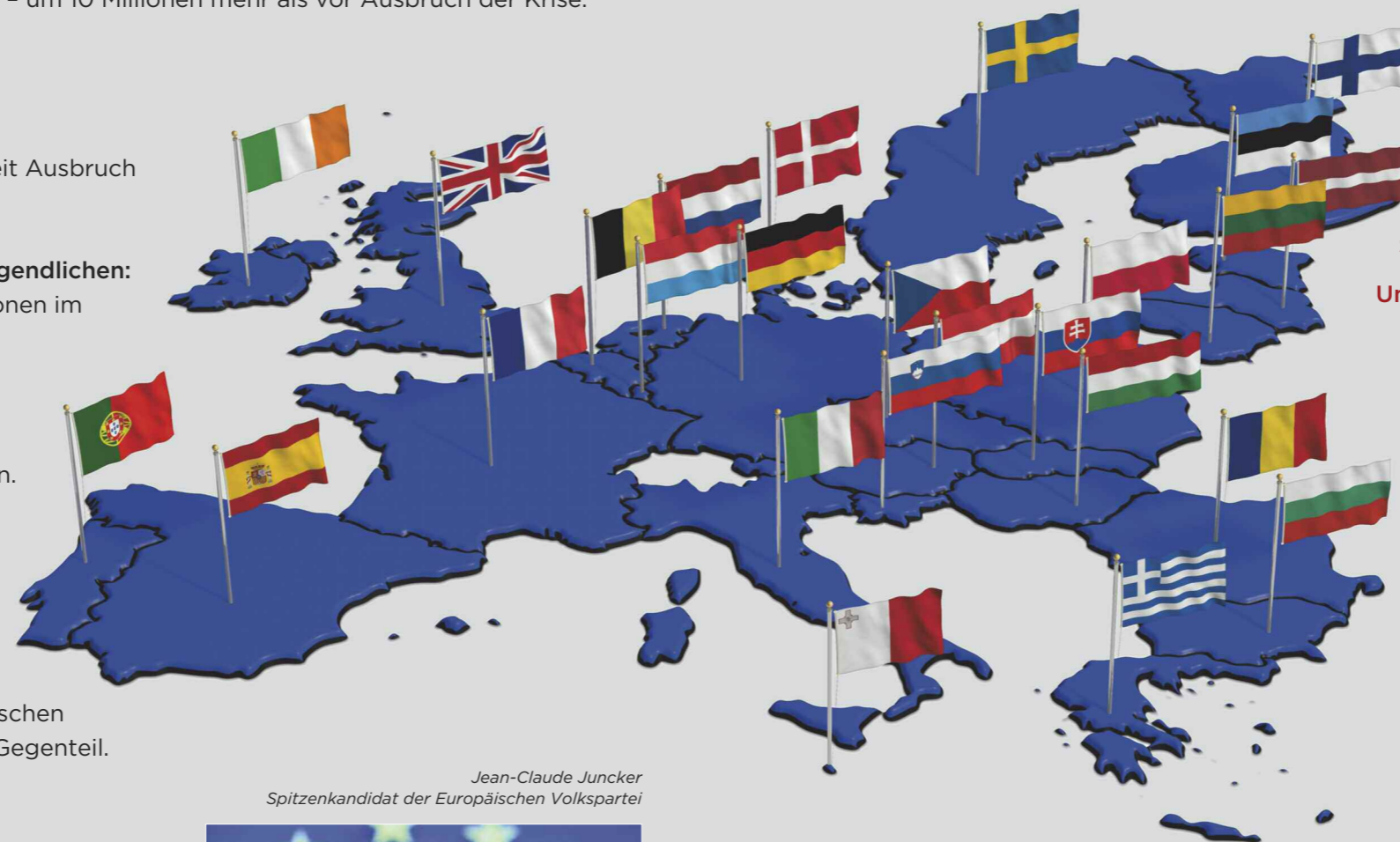
Seit 2011 lautet die **Antwort der EU auf die Krise:** Keine neuen Konjunkturpakete, sondern **Sparen bei öffentlicher und sozialer Infrastruktur.**

**Diese Spirale führt die EU nicht aus der Krise –** wie uns die politisch Verantwortlichen der europäischen Volkspartei und Liberalen weismachen wollen, im Gegenteil.

### Sie führt zu:

- ▶ weiteren Belastungen der ArbeitnehmerInnen,
- ▶ weniger Regulierung der Arbeitsmärkte („Deregulierung“),
- ▶ Wachstum des Niedriglohnsektors,
- ▶ weiterem Abbau sozialer Rechte.

Doch nicht jene, die nun unter all diesen Folgen zu leiden haben – nicht wir – haben über unsere Verhältnisse gelebt. Die wahren Verursacher der jetzigen Lage sind unregulierte Finanzmärkte, Spekulationen und die ungleiche Vermögensverteilung.



## Und so sieht die Realität aus...

**Griechenland:** 40 % verfügen über keine Krankenversicherung, Abbau von 150.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst

**Großbritannien:** Abbau von 490.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst

**Irland:** Lohn- und Pensionskürzungen bis zu 30 %

**Italien:** Abbau von 170.000 Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, Einsetzung einer Expertenregierung – ohne demokratische Legitimation

**Litauen:** Anhebung des Pensionsantrittsalters

**Portugal:** Lohnreduktion im öffentlichen Dienst von 15% - 31%, Verlängerung der Wochenarbeitszeit, Kürzung des Urlaubes

**Rumänien:** Eingriffe ins KV-System

**Schweden:** Brennende Vorstädte aufgrund sozialer Unruhen

**Spanien:** 45% Jugendarbeitslosigkeit

**Ungarn:** Lohnreduktion bis 19%, Kürzung von Pensionen

## Alternative dazu: EGB-Investitionsplan

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat einen Investitionsplan vorgeschlagen, der auf Sicht aus der Krise führen kann. Der Plan sieht vor, dass über zehn Jahre hinweg zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts der EU aufgebracht werden. Mittel der EU, der Mitgliedstaaten und privates Kapital sollen in Zukunftsbranchen investiert werden, darunter Forschung und Entwicklung, erneuerbare Energien, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit.



Jean-Claude Juncker  
Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei



Mut- und Ratlosigkeit sind mit Sicherheit kein probates Mittel für die Lösung ernsthafter Probleme.

### Das würde nach Berechnungen des EGB

- ▶ für ein BIP-Wachstum Europas um bis zu 400 Milliarden sorgen,
- ▶ bis zu 11 Millionen neue Vollzeitarbeitsplätze schaffen,
- ▶ über 100 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen bringen,
- ▶ für die nachhaltige Erholung von Europas Wirtschaft sorgen,
- ▶ langfristige, hochwertige Arbeitsplätze für die europäischen ArbeitnehmerInnen schaffen.



## EUROPAWAHL 2014. WIE UND WAS GENAU WIRD GEWÄHLT?

28 Mitgliedstaaten, 507 Millionen EuropäerInnen, 751 Abgeordnete: Von 22. – 25. Mai wird in der Europäischen Union über die neue Zusammensetzung des EU-Parlaments entschieden.

### Wie läuft das ab?

Bei der Europawahl wird entschieden, wer von welcher Fraktion im EU-Parlament seinen jeweiligen Mitgliedstaat vertritt. Insgesamt 751 Sitze sind zu vergeben. Die sind wiederum auf die Mitgliedsländer – je nach Größe des Staates – verteilt. So hat etwa Deutschland 96 Sitze, gefolgt von Frankreich mit 74 Sitzen. Österreich verfügt über 18 Sitze. Die wenigsten Sitze haben Estland, Zypern, Malta und Luxemburg mit jeweils 6.

Die VertreterInnen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten werden von den nationalen Parteien nominiert, schließen sich dann aber im Parlament wiederum meist einer Fraktion an. Die ÖVP etwa ist Teil der Europäischen Volkspartei, die mit 265 Mandaten derzeit die meisten Vertreter stellt; die SPÖ gehört zur Allianz der Sozialisten, die wiederum über 184 Sitze verfügt.

### Wann und wie wird gewählt?

Gewählt wird in jedem der 28 Mitgliedstaaten in der Zeit von 22. – 25. Mai. Den Anfang machen die Niederlande und Großbritannien, die bereits am 22. Mai ihre Stimme abgeben. Bis Sonntag laufen die Wahlen dann in allen weiteren Mitgliedstaaten, am Abend steht dann das Endergebnis. Unterschiedlich sind auch die jeweiligen Wahlsysteme. In Österreich etwa hat man die Möglichkeit, Vorzugsstimmen zu verteilen, um seinen favorisierten Kandidaten auf der Liste weiter nach vorn zu bringen.

Nur in Österreich darf bereits mit 16 Jahren ein Stimmzettel ausgefüllt werden. In allen anderen EU-Staaten darf man erst ab 18 wählen. Darüber entscheiden die einzelnen Mitgliedstaaten eigenständig.

### Wie werden die Stimmen dann verteilt?

Hier werden bevölkerungsärmere Mitgliedstaaten bevorzugt. Denn bevölkerungsreiche Länder wie zum Beispiel Deutschland, haben im Verhältnis zur Bevölkerung weniger Sitze im Europäischen Parlament. Hier bestimmen mehr als 800.000 Wahlberechtigte über einen Parlamentssitz, in Malta sind es nur rund 70.000. Auch hier liegt Österreich im Mittelfeld: Über jedes der 18 Mandate wird von je etwa 350.000 Wahlberechtigten entschieden.

Für Österreich gilt weiters: Erreicht eine Partei nicht mindestens 4 Prozent, dann erhält sie keinen Parlamentssitz.



Das Berlaymont-Gebäude ist eines der zentralen Gebäude der Europäischen Union in Brüssel und beherbergt neben dem Präsidium mehrere Abteilungen der Europäischen Kommission.

*Sachkompetenz, Zuversicht und ein geschärfter Blick für die tatsächlichen Probleme zeichnen gute Europa-Politiker aus.*



**Martin Schulz**  
Präsident des Europäischen Parlamentes,  
Vorsitzender der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas

**Evelyn Regner**  
Mitglied des Europäischen Parlamentes,  
Spitzenkandidatin der GEW-SPÖ

### Und wo tagt das Parlament dann?

### Und was tut es?

### Und was hat es mit der Kommission zu tun?

Der eigentliche Sitz des Parlaments ist in Straßburg. Den Hauptteil ihrer Arbeit verrichten die Abgeordneten allerdings in Brüssel, wo das Parlament einen zweiten Standort hat.

Gewählt wird das Parlament alle fünf Jahre, und das seit 1979. Das Parlament selbst wiederum wählt dann den EU-Kommissionspräsidenten, sozusagen den Regierungschef in Brüssel. Aktuell ist das Jose Manuel Barroso, ein Vertreter der europäischen Konservativen. Bei der heurigen Wahl haben die europäischen Parteien erstmals Spitzenkandidaten als mögliche Kommissionspräsidenten nominiert.

Die konservative EVP schickt Jean-Claude Juncker ins Rennen.

Gegen ihn tritt von Seiten der Sozialdemokraten Martin Schulz an.

### Und wieso soll man am 25. Mai zur Wahl gehen?

Weil eben die WählerInnen erstmals über den Präsidenten der EU-Kommission mitentscheiden können. Damit können sie wichtige Entscheidungen – wie eben einen politischen Kurswechsel der Europäischen Union beeinflussen.

*Nicht wählen zu gehen ist keine Option.  
Jede Stimme hat Gewicht.*

Nutzen Sie

**IHR STIMMRECHT.**



## WIE FUNKTIONIERT DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT?

**GESETZGEBUNG:** Legt die Kommission eine Gesetzesinitiative vor, diskutieren Parlament und Rat darüber. Ist das Parlament mit etwas nicht einverstanden, macht es Änderungsvorschläge und es wird ein Kompromiss gesucht.

**WARUM DAS FÜR UNS WICHTIG IST:** Dieses „Ordentliche Gesetzgebungsverfahren“ kommt in Politikbereichen zur Anwendung, die besonders für ArbeitnehmerInnen wichtig sind: Sozialpolitik, Binnenmarkt, VerbraucherInnenschutz, Marktfreiheit u. a.



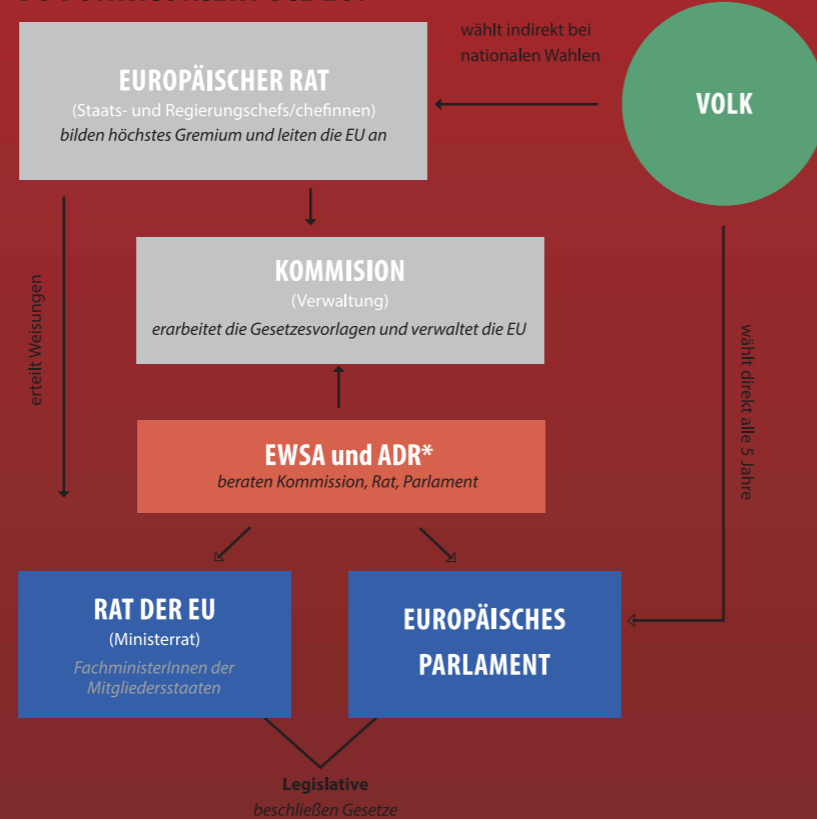
**ZUSTIMMUNG ZUM EU-HAUSHALT:** Das Parlament beschließt jedes Jahr gemeinsam mit dem Rat den EU-Haushalt, das Budget also. Auch hier kann nichts ohne die Zustimmung des Parlaments beschlossen werden.

**WARUM DAS FÜR UNS WICHTIG IST:** Der EU-Haushalt regelt alle Einnahmen und Ausgaben in der EU. Dabei wird auch über die Höhe von Förderungen oder Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise entschieden.

**WAHL DER PRÄSIDENTIN/DES PRÄSIDENTEN DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION:** 2014 wählt das Europäische Parlament die/den Präsidentin/Präsidenten der EU-Kommission. Die Staats- und Regierungschefs der EU schlagen eine Kandidatin/einen Kandidaten vor und müssen dabei erstmals das Ergebnis der Wahlen zum EU-Parlament berücksichtigen. Das heißt, die Wahlen zum Europäischen Parlament haben Einfluss auf die Person des zukünftigen Kommissionspräsidenten.

**WARUM DAS FÜR UNS WICHTIG IST:** Die Kommission ist innerhalb der EU sehr zentral. Sie schlägt die Gesetze vor. Die Präsidentin/der Präsident hat innerhalb der Kommission sehr viele Befugnisse und Aufgaben – dass sie/er nun vom Parlament gewählt wird, ist eine Stärkung der Macht des Europäischen Parlaments.

### SO FUNKTIONIERT DIE EU:



José Manuel Durão Barroso  
Präsident der Europäischen Kommission



Hauptverantwortlich für den neoliberalen Kurs  
der Europäischen Union

\*) EWSA = Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, ADR = Ausschuss der Regionen der Europäischen Union

## WAS HABEN WIR KONKRET VOM EUROPÄISCHEN PARLAMENT?



Die Entscheidungen des Europäischen Parlaments beeinflussen unser Leben in vielen Bereichen: Wir können frei reisen, in anderen EU-Staaten studieren, zahlen keine Gebühren, wenn wir an Bankomaten in anderen EU-Ländern Geld abheben, telefonieren günstig und vieles mehr.

### MEHR KONTROLLE DER BANKEN UND FINANZMÄRKTE

Das EU-Parlament hat sich auf Initiative der SozialdemokratInnen besonders dafür stark gemacht, die Verursacher der Krise stärker zu kontrollieren. Jetzt werden riskante Finanzgeschäfte mehr reguliert und auch über die Banken wird in Kürze eine Europäische Bankenaufsichtsbehörde wachen.

### ARBEITNEHMERINNENRECHTE UND JUGENDGARANTIE

Viele Verbesserungen im Bereich des Arbeitsrechts und des ArbeitnehmerInnenschutzes haben wir dem Europäischen Parlament zu verdanken. Österreich hat ohnehin besonders hohe, arbeitsrechtliche Standards. Aber wenn sich Standards zum Beispiel in Bulgarien oder Rumänien verbessern, dann ist das gut für alle – auch für uns in Österreich. Das Parlament spricht sich für eine Europäische Jugendgarantie aus – junge Menschen sollen innerhalb von vier Monaten nach ihrer Ausbildung einen Job oder eine weitere Bildungsmaßnahme bekommen.

### SCHUTZ UNSERER PRIVATSPHÄRE

Das EP hat sich dafür eingesetzt, dass unsere Daten geschützt werden. Das umstrittene ACTA-Abkommen, das einen massiven Eingriff in unsere Privatsphäre gebracht hätte, wurde vom Parlament abgelehnt.

### GLEICHBERECHTIGUNG

Die EU setzt sich schon lange für Gleichstellung von Frauen und Männern ein. Im Pakt für die Gleichstellung aus 2011 verlangt die EU von den Mitgliedstaaten die Beseitigung von Einkommensunterschieden, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familien- und Berufsleben oder die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen.

### KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

Das Europäische Parlament hat sich für den Klimaschutz stark gemacht und unter anderem an Vorschriften zur Senkung von Treibhausgasemissionen mitgewirkt. Außerdem setzt es sich für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Zusätzlich verhinderte das EU-Parlament die „Saatgutverordnung“ die zu industriellastig ausgelegt und auf Kosten der Sortenvielfalt gegangen wäre.



Im EP werden essentielle Entscheidungen für ein wirtschaftlich gesundes und friedliches Europa diskutiert und auch „auf den Weg“ gebracht. Dabei stehen die Interessen der BürgerInnen immer im Mittelpunkt der Bemühungen.

## DAS ABSTIMMUNGSVERHALTEN IM EU-PARLAMENT

Weil es nicht egal ist, wer unsere Interessen in Brüssel vertritt.



Um sich einen besseren Überblick darüber verschaffen zu können, wie die Einstellung der einzelnen Fraktionen in wichtigen und zukunftsweisenden Sachthemen tatsächlich aussieht, anbei eine durchaus repräsentative Zusammenfassung einiger Abstimmungsergebnisse im Europäischen Parlament. **Der Vergleich macht sicher!**

### z. B. die ÖVP:

Die ÖVP-Abgeordneten stimmten **gegen** eine Vielzahl von Verbesserungen für die Menschen in Europa.

Eine Auswahl an Abstimmungen, welche die wahren Interessen der ÖVP zu wichtigen Themen dokumentiert:

Thema	SPÖ	ÖVP
Investitionen für Jobs	JA	NEIN
Sozialen Wohnbau schützen	JA	NEIN
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	JA	NEIN
Fracking (umweltbelastende Erdöl-/Gasgewinnungsmethode) verbieten	JA	NEIN
Obergrenze für Bankerboni	JA	NEIN
Bekämpfung von Steuerbetrug	JA	NEIN
Sozialstandards in Freihandelsabkommen	JA	NEIN
Übermittlung von Bankdaten an die USA	NEIN	JA

### z. B. die FPÖ:

Jede Stimme für die FPÖ bei dieser Wahl ist eine verlorene. Die FPÖ hat nicht den Willen, die Geschicke der EU im Sinne der BürgerInnen und auch Österreichs zu lenken. Oftmals werden Positionen die in Österreich lautstark eingenommen werden, in Straßburg über Bord geworfen.

Eine Auswahl an Abstimmungen, welche die tatsächliche Einstellung der FPÖ zu wichtigen Themen zeigt:

Thema	SPÖ	FPÖ
Investitionen für Jobs	JA	enthalten
Sozialen Wohnbau schützen	JA	NEIN
Gleicher Lohn für gleiche Arbeit	JA	enthalten
Bessere Rechte für KonsumentInnen	JA	enthalten
Ein einziger Standort fürs EU-Parlament	JA	NEIN
Frontex – effektiver EU Grenzschutz	JA	NEIN
Einführung einer Finanztransaktionssteuer	JA	NEIN

## MITBESTIMMEN, HEISST VERÄNDERN

### Erfolg gegen Wasser-Liberalisierung

Die Europäische Bürgerinitiative „Wasser ist ein Menschenrecht“ wurde von europäischen Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ins Leben gerufen. **Sie ist die erste erfolgreiche EBI und hat fast 1,9 Millionen Unterschriften EU-weit gesammelt.** In einem ersten wichtigen Schritt, nahm die EU-Kommission ihre Forderung nach verpflichtender Ausschreibung der Wasserver- und -entsorgung in Europa zurück. Ein wichtiger Sieg im Kampf gegen Liberalisierung.

**Thomas Kattnig, nationaler Koordinator der Bürgerinitiative:** „Der Schlüssel zum Erfolg war die besondere Unterstützung der BürgerInnen. Sie haben uns in eine starke Verhandlungsposition gebracht und die Entscheidungsträger damit unter Druck gesetzt. Das EU-Parlament hat auch einmal mehr bewiesen, dass es imstande ist, sich für die Interessen der EU-BürgerInnen einzusetzen“.

### Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen

Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten müssen sicherstellen, dass öffentliche Dienstleistungen, die der Allgemeinheit dienen, weiter in hoher Qualität für alle Menschen bereitstehen. Damit werden auch qualitativ hochwertige Arbeitsplätze gesichert.

- Die EU muss sich ganz klar dazu bekennen, dass wichtige Leistungen der Daseinsvorsorge öffentlich erbracht werden, zum Beispiel Infrastruktur (Wasser, Verkehr), soziale Sicherheit (Sozialversicherung, Gesundheitswesen), kommunale Dienstleistungen (Abfallbeseitigung). Öffentliche Dienstleistungen müssen aus den Wettbewerbs- und Binnenmarktregeln ausgenommen werden.
- Durch ein solidarisches Steuersystem (ua Finanztransaktionssteuer, Erbschaftssteuern, Vermögenssteuern) können gute öffentliche Dienstleistungen auch ausreichend finanziert werden.
- Öffentliche Aufgaben, die Investitionen in die Zukunft sind, sollen nicht auf die Schulden im Fiskalpakt sowie Stabilitäts- und Wachstumspakt angerechnet werden.
- Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge an private Firmen müssen auch soziale Kriterien verpflichtend berücksichtigt werden: Bestbieter- statt Billigstbieterprinzip.
- Öffentliche Dienstleistungen und Konzessionen dürfen kein Verhandlungsgegenstand von Handelsabkommen wie z. B. TTIP und TISA sein.



**Thomas Kattnig**

Internationaler Sekretär der GdG-KMSfB und Kandidat der GEW-SPÖ

thomas.kattnig@gdg-kmsfb.at

## DIE KERNTHEMEN DER GEWERKSCHAFTERINNEN IN DER SPÖ

### Wir machen ein Europa für die Menschen!

In ganz Europa treten Gewerkschaften schon lange gegen die Sparpolitik der konservativ/liberalen Mehrheit in den EU-Institutionen auf und verlangen einen politischen Kurswechsel. Von drastischen Kürzungen im Sozialbereich, Einschränkungen von gewerkschaftlichen Grundrechten wie jenen zur Aushandlung von Kollektivverträgen, Eingriffen in Mindestlöhne und mehr haben wir genug.



### Die Treibjagd auf Rechte der Beschäftigten und Gewerkschaften muss ein Ende haben.

Soziale Grundrechte müssen in der EU mehr wert sein wie die wirtschaftlichen Freiheiten. Wir lehnen vertraglich zwischen EU-Kommission und EU-Ländern vereinbarte Spardiktate ab und fordern ein soziales Gegenmodell zur aktuellen EU-Politik, das sich auf eine wesentliche Kernforderung zuspitzen lässt: ein soziales Fortschrittsprotokoll im EU-Vertrag, das den sozialen Grundrechten klaren Vorrang vor den Marktfreiheiten gibt.

### Am 25. Mai entscheiden wir, welchen Weg die EU in Zukunft geht.

Wir brauchen diesen Kurswechsel, weil wir an das Projekt Europa glauben, aber die gegenwärtigen Fehlentwicklungen nicht akzeptieren können. Um Defizite auf dem Weg zu einem „anderen Europa“ zu beheben, brauchen wir ein Europäisches Parlament, in dem SozialdemokratInnen die stärkste Kraft sind. Die konservativ/liberale Mehrheit im EU-Parlament muss endlich gebrochen werden. Die rechten Populisten, die für eine Renationalisierung eintreten und damit für die ArbeitnehmerInnen in Europa nichts Gutes vorhaben, müssen in die Schranken gewiesen werden.

### Wir brauchen daher Investitionen und Bildungsangebote.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit hat oberste Priorität. Wir brauchen eine Stärkung der industriellen Basis der EU und ein Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung. Dazu gehören auch umfassende Investitionen in den Sozialstaat. Insbesondere im Kampf gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit – jeder Vierte unter 25 Jahren ist ohne Arbeit – muss die Europäische Jugendgarantie nach österreichischem Vorbild mit Leben erfüllt werden. Wir wollen, dass die Finanzmittel für dieses Programm ausgeweitet werden. Europa soll mit hochwertigen Arbeitsplätzen punkten, nicht mit prekären Arbeitsbedingungen.

### Wir brauchen daher Arbeit, von der man gut leben kann.

Der Standortwettbewerb zwischen den einzelnen EU-Ländern darf nicht auf Kosten der ArbeitnehmerInnen gehen. Derzeit werben sich die Mitgliedstaaten gegenseitig Firmen ab, indem sie sie mit niedrigeren Unternehmenssteuern und niedrigen Sozialstandards locken. Das löst eine Spirale nach unten aus, der wir nur entkommen können, wenn wir einheitliche Mindeststandards festsetzen – ohne Ausnahmen für einzelne Länder.

Dazu gehören Mindestlöhne/-gehälter für alle ArbeitnehmerInnen in allen EU-Ländern, primär über allgemeingültige Kollektivvertragssysteme – oder per Gesetz, wenn die Gewerkschaften das wollen. Wirksame europäische Maßnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping schaffen den Rahmen für gesicherte und faire Einkommen für die BürgerInnen in Europa.

### Wir brauchen daher faire Steuern und klare Regeln auf den Finanzmärkten.

Dem Wettlauf zwischen den EU-Ländern um immer niedrigere Unternehmenssteuern muss ein Ende gesetzt werden. Der EU entgehen durch Steuerflucht und Steuerbetrug jährlich 1.000 Mrd. Euro. Unternehmen müssen ihre Gewinne dort versteuern, wo sie erwirtschaftet werden.

Die Finanztransaktionssteuer – die spekulative Geschäfte weniger attraktiv machen soll – und eine Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer bei Mindestsätzen sind überfällig. Auch im Bereich der Vermögensbesteuerung besteht Handlungsbedarf.

Die Bankenunion mit einer aktiven europäischen Finanzmarktaufsicht soll gewährleisten, dass marode Banken die Wirtschaft nicht mehr ins Wanken bringen können. Zu diesem Zweck muss die Macht der Finanzlobby bekämpft und Regulierungen weitergeführt werden, bis jeder Finanzmarktakteur und jedes Finanzmarktprodukt – auch der Bereich der Schattenbanken (Hedgefonds, Geldmarktfonds und Zweckgesellschaften) – reguliert ist.

### Erst der Mensch, dann der Profit!

## WAS WIR BRAUCHEN

### Investitionen und Bildungsangebote

***Deshalb - investieren und die Beschäftigung ankurbeln!***

Europa kann nur durch Zukunftsinvestitionen und die Leistungen der ArbeitnehmerInnen aus der Krise herauswachsen. Dazu brauchen wir neue Arbeitsplätze mit Perspektiven statt Praktika und unbezahlte Jobs.

### Arbeit, von der man gut leben kann

***Deshalb - eine Strategie für Wachstum & Wohlstand für alle!***

Wir brauchen keinen Standortwettbewerb der nur das Ziel verfolgt, Löhne und Sozialstandards weiter nach unten zu drücken. Wir brauchen wirksame Maßnahmen gegen diesen Trend, einheitliche Mindeststandards für alle ohne Ausnahmen.

### Klare Regeln auf den Finanzmärkten

***Deshalb - Null Toleranz bei Steuerbetrug und Spekulation!***

1.000 Milliarden Euro entgehen der EU jährlich durch Steuerflucht und Steuerbetrug. In etwa genau jener Betrag, der bisher zur Rettung der Banken aufgewendet werden musste. Wir brauchen daher eine funktionierende Bankenunion, und die Finanztransaktionssteuer muss endlich eingeführt werden.

### Qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen

***Deshalb - keine Privatisierung der Daseinsvorsorge!***

Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Energie, Verkehr, Post- und Telekommunikationsdienstleistungen, Bildungs- und Kultureinrichtungen, soziale Dienste, Sozialversicherung und Gesundheitswesen, sozialer Wohnbau sowie Abfallbeseitigung: Die Leistungen der Daseinsvorsorge sind ein wesentlicher Bestandteil einer solidarischen Gesellschaft und dürfen nicht privatisiert werden.



**Evelyn Regner**

Mitglied Europäisches Parlament  
und Spitzenkandidatin GEW-SPÖ



**IHRE STIMME FÜR  
DIE SPÖ.** 

**Impressum:**

Herausgeber: GewerkschafterInnen in der SPÖ (GewSPÖ) • Johann-Böhm-Platz 1 • 1020 Wien E-Mail: zentrale@gewspoe.at www.gewspoe.at • ZVR: 350780438 • Medieninhaber (Verleger): Verlag des ÖGB GmbH • Verlagsort: Wien • Redaktion: Thomas Kattinig, Jürgen Kirchner • Gestaltung & Produktion: jürgen kirchner - grafik, gestaltung & produktion, www.grafikstudio.at • Wir danken den KollegInnen vom ÖGB und der Arbeiterkammer für die inhaltliche Unterstützung